S 28 SO 3373/18

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Baden-Württemberg
Sozialgericht	Landessozialgericht Baden-Württemberg
Sachgebiet	Sozialhilfe
Abteilung	2.
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 28 SO 3373/18
Datum	23.01.2023

2. Instanz

Aktenzeichen	L 2 SO 644/23
Datum	28.02.2024

3. Instanz

Datum	-

Â

Die Berufung der KlÃ¤ger gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Stuttgart vom 23. Januar 2023 wird zurÃ¼ckgewiesen.

Die KlÃ¤ger tragen auch die Kosten des Berufungsverfahrens.

Der Streitwert wird fÃ¼r das Berufungsverfahren auf 3.466,65 â¬ festgesetzt.

<u>Tatbestand</u>

Zwischen den Beteiligten steht im Streit, ob die KlÃ¤ger einen Kostenbeitrag fÃ¼r ersparte hÃ¤usliche Aufwendungen bezogen auf ihren Sohn B1 (noch) fÃ¼r die Zeit vom Februar 2011 bis Juli 2012 in HÃ¶he von insgesamt 3.466,65 â¬ zu leisten haben.

Der 1997 geborene Sohn der KlÃ¤ger, B1 T1, besuchte u.a. in dem hier maÃgeblichen Zeitraum von Februar 2011 bis letztlich noch Juli 2012 die L1schule in H1. Bei der Schule handelt es sich um eine staatliche Schule mit

angeschlossenem Internat fÃ¼r Menschen mit einer HÃ¶rschÃ¤digung oder SprachbeeintrÃ¤chtigung. Der Sohn der KlÃ¤ger besuchte von Montag bis Freitag die Schule und war in dieser Zeit auch in dem Internat untergebracht. Die Wochenenden verbrachte er bei seinen Eltern, den KlÃ¤gern. Er besuchte die Einrichtung insgesamt in der Zeit vom 9. Januar 2011 bis 6. Juli 2012 (siehe Schreiben der Kl. Ziff. 2 vom 10. April 2019 â Bl. 39 SG-Akte -). Die KlÃ¤ger haben im Vorfeld im Zusammenhang auch mit der GewÃ¤hrung von Eingliederungshilfe erstmals Ende 2010 eine erste Aufstellung Ã¼ber die Einnahmen/Ausgaben bezogen auf die Familie vorgelegt (Bl. 14 Verwaltungsakte â VA -).

Mit Bescheid vom 20.Â Dezember 2010 (Bl.Â 39 VA) forderte der Beklagte von den KlÃ¤gern einen Kostenbeitrag fÃ¼r ersparte Aufwendungen in HÃ¶he von monatlich 177,75Â â¬ fÃ¼r die Zeit ab dem 1.Â Februar 2011. Mit Schreiben vom 3.Â Januar 2011 Ã¼bersandte der Beklagte das dafÃ¼r maÃgebliche Berechnungsblatt (Bl.Â 51 VA). Ausgehend von den zu diesem Zeitpunkt noch geltenden RegelsÃ¤tzen fÃ¼r die KlÃ¤ger in HÃ¶he von jeweils 323,00Â â¬ (Anm.: am 25.Â Februar 2011 rÃ¼ckwirkend zum 1. Januar 2011 erhÃ¶ht auf 328 â¬ â die Ã¼brigen RegelsÃ¤tze blieben unverÃ¤ndert), den leistungsberechtigten Sohn B1 in HÃ¶he von 125,50Â â¬ (halber Regelsatz von 251 â¬), die beiden weiteren SÃ¶hne C1 und B2 in HÃ¶he von jeweils 287,00Â â¬ sowie Kosten fÃ¼r Unterkunft und Heizung in HÃ¶he von 750,00Â â¬ gelangte der Beklagte zu einem Gesamtbedarf zur Sicherung des Lebensunterhaltes in HÃ¶he von 2.095,50Â â¬. Dem stand nach den Berechnungen des Beklagten auf der Grundlage der von KlÃ¤gerseite 2010 vorgelegten Aufstellung Einkommen des Vaters (KlÃ¤ger Ziff 1.) in HÃ¶he von 4.477,99Â â¬ sowie Einkommen des Sohnes C1 in HÃ¶he von 557,86Â â¬, insgesamt 5.035,85Â â¬ anrechenbares Familieneinkommen gemÃ¤Ã Â§Â 82 Sozialgesetzbuch ZwÃ¶lftes Buch â Sozialhilfe â (SGBÂ XII) gegenÃ¼ber. Das nach Abzug des Bedarfs (2.095,50 â¬) verbleibende anrechenbare Familieneinkommen (2.940,35Â â¬) Ã¼berschritt damit ausweislich des Berechnungsblattes die Regelbedarfsstufe 1 um mehr als das 5-fache (Regelsatz Bedarfsstufe 1 mit 364 â¬ x 5 = 1.820Â â¬). Damit waren im nÃ¤chsten Schritt 150 % des maÃgeblichen Regelsatzes als hÃ¤usliche Ersparnis zugrunde zu legen. Ausgehend vom Regelsatz fÃ¼r einen gleichaltrigen HaushaltsangehÃ¶rigen wie dem hier betroffenen Leistungsberechtigten B1 in HÃ¶he von 251,00Â â¬, multipliziert mit 1,5 (= 150 %) dividiert durch 30 Tage mal 180 Heimtage (2.259 â¬) dividiert durch zwÃ¶lf Monate ergab sich ein Kostenbeitrag von 188,25Â â¬, von dem der Beklagte noch 10,50Â â¬ fÃ¼r selbst beschaffte Bekleidung abzog, sodass ein zu zahlender Kostenbeitrag ab Februar 2011 in HÃ¶he von 177,75Â â¬ verblieb.

Hiergegen erhoben die KlÃ¤ger mit Schreiben vom 21.Â Januar 2011 Widerspruch.

Mit Bescheid vom 28.Â Juni 2011 (Bl.Â 62 VA) machte der Beklagte fÃ¼r die Zeit ab dem 1.Â Juli 2011 einen Kostenbeitrag fÃ¼r ersparte Aufwendungen in HÃ¶he von monatlich nunmehr 201,25Â â¬ geltend (da der Sohn B1 ab dem 1. Juli 2011 hinsichtlich der HÃ¶he des Regelsatzes einer neuen Altersgruppe zuzuordnen war mit nunmehr 287 â¬).

Auch hiergegen erhoben die KlÃ¤ger mit Schreiben vom 21.Â Juli 2011 Widerspruch. Beide WidersprÃ¼che begrÃ¼ndeten die KlÃ¤ger mit Schreiben vom 25.Â September 2011 dahingehend, dass die Abrechnung der Heimtage nicht korrekt sei. Ihr Sohn habe sich vier Tage zu Hause befunden, er habe am Montagmorgen das Elternhaus verlassen und sei am Freitagnachmittag zurÃ¼ckgekehrt. Zudem seien ihnen Kosten fÃ¼r das WÃ¤schewaschen, Hygieneartikel, Schulhefte und anderes Schulmaterial, Knabbereien und GetrÃ¤nke, Telefon und Handy, Versicherungen sowie Fahrkarten und Fahrten nach Hause entstanden. In der Folgezeit wurden die KlÃ¤ger mehrfach mit Schreiben vom 23. Januar 2012 (Bl. 87/88 VA), 22. MÃ¤rz 2012 (Bl. 97 VA) und 3. Mai 2012 (Bl. 101 VA) aufgefordert, noch Nachweise und Unterlagen im Einzelnen fÃ¼r die geltend gemachten Kosten vorzulegen. Erst im Oktober 2012 wurde sodann von der damaligen BevollmÃ¤chtigten nochmals eine neue Aufstellung Ã¼ber Einnahmen und Ausgaben betreffend das Jahr 2011 sowie auch der Steuerbescheid fÃ¼r 2011 vorgelegt (Bl. 161 bis166 VA).

Im Rahmen des Widerspruchsverfahrens erfolgte im Weiteren durch den Beklagten ein AufklÃ¤rungsschreiben an die damalige BevollmÃ¤chtigte vom 7. November 2013 (Bl. 193 VA), eine Reaktion erfolgte in der Folgezeit trotz mehrfacher Nachfragen in den folgenden Jahren von Seiten des Beklagten bei den KlÃ¤gern nicht.

Mit Widerspruchsbescheid vom 25.Â Mai 2018 half der Beklagte den WidersprÃ¼chen der KlÃ¤ger gegen den in HÃ¶he von insgesamt 1,35Â â¬ ab und wies ihn im Ãbrigen zurÃ¼ck. Zur BegrÃ¼ndung fÃ¼hrte der Beklagte aus, laut der Einrichtung sei der Sohn der KlÃ¤ger im Zeitraum vom 10.Â Januar 2011 bis zum 10.Â Oktober 2012 an 281 Schultagen anwesend gewesen. Das vollstÃ¤ndige AusrÃ¤umen der Internatszimmer zu den Ferien entspreche laut Einrichtung dem Ã¼blichen Vorgehen im Internat. FÃ¼r alle Internen gelte laut Einrichtung die Regelung, dass sie die WÃ¤sche in der einrichtungseigenen WÃ¤scherei waschen lassen kÃ¶nnten. Allerdings sei eine entsprechende Kennzeichnung erforderlich. Es liege folglich an den Eltern, ob das Angebot in Anspruch genommen werde.
Der Beklagte hat weiter darin ausgefÃ¼hrt, AktivitÃ¤ten auÃerhalb des GelÃ¤ndes der L1schule seien laut Einrichtung ein wesentlicher Bestandteil der pÃ¤dagogischen Arbeit der Internatserziehung und fÃ¤nden regelmÃ¤Ãig statt. Das Kennenlernen verschiedener Freizeitangebote unterstÃ¼tze die PersÃ¶nlichkeitsentwicklung der SchÃ¼lerinnen und SchÃ¼ler. Die teilweise entstehenden Kosten wÃ¼rden nach EinschÃ¤tzung der Einrichtung im Bereich altersentsprechender Taschengeldsummen liegen und stellten demnach keine auÃergewÃ¶hnlichen Belastungen dar.
Anhand der von der (damaligen) RechtsanwÃ¤ltin eingereichten Aufstellung (ohne Nachweise) des Einkommens und der Ausgaben (2011) von Seiten der KlÃ¤ger sei nochmals geprÃ¼ft worden, ob die Forderung des HÃ¶chstkostenbeitrags richtig sei bzw. gewesen sei. Selbst wenn sÃ¤mtliche Ausgaben, die aufgefÃ¼hrt seien, berÃ¼cksichtigt wÃ¼rden (was der Beklagte nicht kÃ¶nne), wÃ¼rden diese mit dem anrechenbaren Gesamteinkommen nach Â§Â 82 SGBÂ XII den Gesamtbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts immer noch so weit Ã¼berschreiten, dass der HÃ¶chstkostenbeitrag zu verlangen wÃ¤re.

Aufgrund der besonderen Situation sei im Rahmen der ErmessensausÃ¼bung der Kostenbeitrag nun neu berechnet und die tatsÃ¤chlichen Anwesenheitstage zugrunde gelegt worden. Die Anwesenheitstage seien auf zwÃ¶lf Monate heruntergerechnet worden. Damit wÃ¼rden sich insoweit 177Â Anwesenheitstage ergeben. AuÃerdem sei die Bekleidungspauschale auf 177 Tage umgerechnet und abgezogen worden. Der Barbetrag sei fÃ¼r 180 Heimtage gewÃ¤hrt worden (auf eine Korrektur sei von Seiten des Beklagten verzichtet worden). Somit wÃ¼rden sich geringfÃ¼gig verÃ¤nderte KostenbeitrÃ¤ge ergeben.
Der Kostenbeitrag sei bei Aufnahme ab dem Folgemonat verlangt worden und werde daher wie Ã¼blich im Monat des Ausscheidens noch in voller HÃ¶he gefordert. Man habe nun den Monat Juli 2012 als Monat des Ausscheidens gewertet und fÃ¼r die Monate August bis Oktober 2012 auf die Forderung des Kostenbeitrages verzichtet, obwohl noch bis 10.Â Oktober 2012 die Heimkosten geleistet worden seien.
Somit ergebe sich fÃ¼r den Zeitraum vom 1. Februar 2011 bis 31. Juli 2012 ein Kostenbeitrag in HÃ¶he von 3.446,65 â¬ (fÃ¼nf Monate zu je 174,79 â¬ und 13 Monate zu je 197,90 â¬). Geleistet worden seien von Seiten der KlÃ¤ger insgesamt 3.505,00 â¬. Somit ergÃ¤be sich ein von Seiten des Beklagten zu erstattende Betrag in HÃ¶he von 58,35 â¬. Da man jedoch auf den Kostenbeitrag fÃ¼r hÃ¤usliche Ersparnisse fÃ¼r die Monate August bis Oktober 2012 verzichtet habe und der Sohn B1 in diesem Zeitraum tatsÃ¤chlich nicht mehr in der Einrichtung gewesen sei, kÃ¶nne im Umkehrschluss fÃ¼r diesen Zeitraum auch kein Barbetrag mehr an ihn gewÃ¤hrt werden. FÃ¼r die Monate August bis Oktober 2012 sei insgesamt ein Betrag in HÃ¶he von 57,00 â¬ an B1 Ã¼berwiesen worden. Somit verbleibe ein geringfÃ¼giger Betrag in HÃ¶he von 1,35 â¬, der noch erstattet werden kÃ¶nne.

Dagegen haben die KlÃ¤ger am 28.Â Juni 2018 Klage zum Sozialgericht (SG) Stuttgart erhoben. Zur BegrÃ¼ndung haben die KlÃ¤ger geltend gemacht, das Waschen der WÃ¤sche sei nicht fÃ¼r alle InternatsschÃ¼ler mÃ¶glich gewesen, sondern nur fÃ¼r SchÃ¼ler, um welche sich die Eltern nicht gekÃ¼mmert hÃ¤tten. Im Falle des Sohnes der KlÃ¤ger seien weder die BettwÃ¤sche noch die HandtÃ¼cher gewaschen worden. Auch beim Ansatz fÃ¼r Kleidung, welche mit Bescheid vom 28.Â Juni 2011 neu berechnet worden sei, gebe es noch KlÃ¤rungsbedarf. Ferner hÃ¤tten die KlÃ¤ger Taschengeld auf ein Konto Ã¼berweisen mÃ¼ssen, welches fÃ¼r TagesausflÃ¼ge und Unternehmungen verbraucht worden sei. Eine ZimmerrÃ¤umung zum Beginn der Sommerferien habe nicht stattgefunden. Der Sohn der KlÃ¤ger sei an Magersucht erkrankt und die Schule habe ihn deshalb nicht im Internat behalten wollen. Dennoch seien zwei MonatsbeitrÃ¤ge abgerechnet worden.

Der Beklagte ist der Klage entgegengetreten und hat sich im Wesentlichen auf die im Widerspruchsbescheid dargelegten GrÃ¼nde berufen.

Im Termin zur ErÃ¶rterung des Sachverhalts beim SG vom 22.Â Februar 2022 war ein bis zum 16.Â MÃ¤rz 2022 widerruflicher Vergleich geschlossen worden mit dem Inhalt, dass der Bescheid vom 28.Â Juni 2011 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 25.Â Mai 2018 aufgehoben werde, soweit ein

Kostenbeitrag fÃ¼r die Monate Mai 2012 bis Juli 2012 Gegenstand sei. Ein Kostenbeitrag werde fÃ¼r diese Monate nicht erhoben. Die KlÃ¤ger haben mit Faxschreiben vom 16.Â MÃ¤rz 2022 den Vergleich widerrufen.

Nach vorheriger AnhÃ¶rung der Beteiligten hat das SG mit Gerichtsbescheid vom 23.Â Januar 2023 die Klage abgewiesen. Es hat hierbei die Auffassung vertreten, dass die Bescheide des Beklagten vom 20.Â Dezember 2010 und vom 28.Â Juni 2011 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 25.Â Mai 2018 rechtmÃ¤Ãig seien und die KlÃ¤ger nicht in ihren Rechten verletzen wÃ¼rden. Die KlÃ¤ger hÃ¤tten einen Kostenbeitrag in der vom Beklagten bestimmten HÃ¶he zu leisten. Eingliederungshilfen fÃ¼r Menschen mit Behinderungen nach den Bestimmungen des Sechsten Kapitels des SGBÂ XII wÃ¼rden geleistet, soweit u.a. bei minderjÃ¤hrigen und unverheirateten Leistungsberechtigten ihren Eltern oder einem Elternteil die Aufbringung der Mittel aus dem Einkommen und VermÃ¶gen nach den Vorschriften des Elften Kapitels SGBÂ XII nicht zuzumuten sei (Â§Â 19 Abs.Â 3 SGBÂ XII). NÃ¤here Bestimmungen zu Einkommen und VermÃ¶gen enthielten die Â§Â§Â 82 ff. SGBÂ XII. Â§Â 92 Abs.Â 1 SatzÂ 1 SGBÂ XII in der bis zum 31.Â Dezember 2017 gÃ¼ltigen Fassung (a.F.) stelle eine Sonderregelung fÃ¼r Leistungen in einer stationÃ¤ren Einrichtung aufgrund einer Behinderung dar. Nach Â§Â 92 Abs.Â 1 SatzÂ 1 SGBÂ XII a.F. seien, sofern die Behinderung Leistungen fÃ¼r eine stationÃ¤re Einrichtung, fÃ¼r eine Tageseinrichtung fÃ¼r Menschen mit Behinderung oder fÃ¼r Ã¤rztliche oder Ã¤rztlich verordnete MaÃnahmen erfordere, die Leistungen hierfÃ¼r auch dann in vollem Umfang zu erbringen, wenn den in Â§Â 19 Abs.Â 3 SGBÂ XII genannten Personen die Aufbringung der Mittel zu einem Teil zuzumuten sei. Nach SatzÂ 2 hÃ¤tten sie in HÃ¶he dieses Teils zu den Kosten der erbrachten Leistungen beizutragen; mehrere Verpflichtete wÃ¼rden als Gesamtschuldner haften. Die Kosten des in einer Einrichtung erbrachten Lebensunterhalts seien u.a. in den FÃ¤llen des Â§Â 92 Abs.Â 2 SatzÂ 1 Nr.Â 2 SGBÂ XII a.F. nur in HÃ¶he der fÃ¼r den hÃ¤uslichen Lebensunterhalt ersparten Aufwendungen anzusetzen (Â§Â 92 Abs.Â 2 SatzÂ 3 1.Â Halbsatz SGBÂ XII a.F.). Die BeschrÃ¤nkung auf die Kosten des Lebensunterhalts bedeute zunÃ¤chst, dass Aufwendungen des SozialhilfetrÃ¤gers fÃ¼r die besonderen Hilfen nicht zu erstatten seien. Die Kosten des Lebensunterhalts kÃ¶nnten nur noch dann Bestandteil der besonderen Hilfen sein, wenn sie gleichzeitig integraler Bestandteil der Eingliederungshilfe seien. Die zustÃ¤ndigen LandesbehÃ¶rden kÃ¶nnten nach Â§Â 92 Abs.Â 2 SatzÂ 5 SGBÂ XII a.F. NÃ¤heres Ã¼ber die Berechnung der fÃ¼r den hÃ¤uslichen Lebensunterhalt ersparten Aufwendungen und des Kostenbeitrags fÃ¼r das Mittagessen bestimmen. Der Begriff der â hÃ¤uslichen Ersparnisâ sei im SGBÂ XII nicht nÃ¤her definiert. Â§Â 92 Abs.Â 2 SatzÂ 5 SGBÂ XII a.F. enthalte deshalb eine ermÃ¤chtigung fÃ¼r die LandesbehÃ¶rden, NÃ¤heres Ã¼ber die Bemessung der fÃ¼r den hÃ¤uslichen Lebensbedarf ersparten Aufwendungen und des Kostenbeitrags fÃ¼r das Mittagessen zu bestimmen. Dies sei zum hier maÃgeblichen Zeitraum in Baden-WÃ¼rttemberg nicht geschehen. Es sei deshalb an dem Beklagten, die tatsÃ¤chlich ersparten Aufwendungen zu ermitteln. Bei diesen Ermittlungen seien schon aus GrÃ¼nden der Verwaltungsvereinfachung und PraktikabilitÃ¤t auf Erfahrungswerte der HilfetrÃ¤ger beruhende Pauschalierungen oder eine SchÃ¤tzung zulÃ¤ssig (mit Hinweis auf Bundesverwaltungsgericht â BVerwG â BVerwGE 40, 380, 310 und

Verwaltungsgerichtshof â VGH â Baden-WÃ¼rttemberg, FEVS 43, 200). Insoweit eigne sich insbesondere der regelsatzmÃ¤Ãige Bedarf als brauchbarer Anhaltspunkt (mit Hinweis auf SG Karlsruhe, Urteil vom 22.Â Juli 2011 â S 1 SO 5198/10 â juris Rn.Â 25). Ãberdies fÃ¤nden mit der AnknÃ¼pfung an die im Einzelfall tatsÃ¤chlich ersparten Aufwendungen die besonderen LebensumstÃ¤nde und insbesondere die Einkommenssituation der betroffenen Personen BerÃ¼cksichtigung (mit Hinweis auf SG Karlsruhe a.a.O.). Aus diesem Grund kÃ¶nne die HÃ¶he der hÃ¤uslichen Ersparnis in AbhÃ¤ngigkeit zur HÃ¶he des in der Einsatzgemeinschaft vorhandenen Einkommens variieren (SG Karlsruhe a.a.O.). Im Rahmen der Selbstbindung der Verwaltung wende der Beklagte insoweit die Sozialhilferichtlinie an. Dies sei vor dem Hintergrund einer gleichmÃ¤Ãigen Verwaltungspraxis und des verfassungsrechtlichen Gebots der Gleichbehandlung aller HilfeempfÃ¤nger (Art.Â 3 Abs.Â 1 Grundgesetz â GG -) von Rechts wegen nicht zu beanstanden. Auch das SG lege deshalb die selbige zugrunde, auch wenn diese fÃ¼r das Gericht keinen verbindlichen Charakter entfalte. Der Beklagte habe den Kostenbeitrag korrekt berechnet und die Vorgaben der Sozialhilferichtlinie beachtet. Das SG sehe insoweit von einer weiteren Darstellung der EntscheidungsgrÃ¼nde ab, soweit die Berechnung des Kostenersatzes betroffen sei und verweise insoweit auf die Bescheide des Beklagten gemÃ¤Ã Â§Â 136 Abs.Â 3 Sozialgerichtsgesetz (SGG).

Die KlÃ¤ger haben gegen den ihrem BevollmÃ¤chtigten am 26.Â Januar 2023 mit Empfangsbekenntnis zugestellten Gerichtsbescheid am Montag, den 27.Â Februar 2023 Berufung zum Landessozialgericht (LSG) Baden-WÃ¼rttemberg erhoben. Der BevollmÃ¤chtigte trÃ¤gt zur BegrÃ¼ndung vor, hervorzuheben sei zum einen schon das Schreiben der vormaligen RechtsanwÃ¤ltin der KlÃ¤ger vom 29.Â Oktober 2012 (Bl.Â 160 VA) und die mit Schriftsatz vom 30.Â April 2022 an das SG Ã¼bermittelte Stellungnahme der KlÃ¤ger vom 6.Â April 2022 (gemeint wohl 9. April 2022). Alles in allem erscheine die Ermittlung der hÃ¤uslichen Ersparnisse anhand der Sozialhilferichtlinie im hiesigen Einzelfall bei den geltend gemachten gravierenden VersÃ¤umnissen der Lindenparkschule nicht sachgerecht.
Die Sozialhilferichtlinien wÃ¼rden eine ErmÃ¤Ãigung der hÃ¤uslichen Ersparnis erlauben, wenn dies aus besonderen pÃ¤dagogischen, persÃ¶nlichen oder wirtschaftlichen GrÃ¼nden geboten erscheine (siehe 92.07 SHR in der Anlage zum Schriftsatz des Beklagten vom 2.Â Juni 2022).

Die KlÃ¤ger beantragen,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Stuttgart vom 23.Â Januar 2023 sowie die Bescheide des Beklagten vom 20.Â Dezember 2010 und 28.Â Juni 2011 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 25.Â Mai 2018 aufzuheben und den Beklagten zu verurteilen, den Kostenbeitrag fÃ¼r ersparte Aufwendungen fÃ¼r den hÃ¤uslichen Lebensunterhalt von Eltern bei Internatsunterbringungen nach Â§Â 92 SGBÂ XII neu zu berechnen.

Der Beklagte beantragt,

die Berufung zurÃ¼ckzuweisen.

Der Beklagte hÃ¤lt die Entscheidung des SG fÃ¼r rechtmÃ¤Ãig. Die Berechnung sei nach den zum Zeitpunkt der Entscheidung gÃ¼ltigen Sozialhilferichtlinien erfolgt. Im Rahmen der Selbstbindung der Verwaltung sei diese Art der Berechnung auch bei der Berechnung der hÃ¤uslichen Ersparnis der KlÃ¤ger anzuwenden. GrÃ¼nde fÃ¼r ein Abweichen hiervon seien nicht erkennbar und besondere pÃ¤dagogische, persÃ¶nliche oder wirtschaftliche GrÃ¼nde fÃ¼r eine ErmÃ¤Ãigung seien nicht nachgewiesen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Vorbringens der Beteiligten und des Sachverhalts wird auf die Verwaltungsakte sowie die Gerichtsakten (zwei BÃ¤nde) der ersten Instanz Bezug genommen.

EntscheidungsgrÃ¼nde

I.

Die nach den Â§Â§ 143, 144 Abs. 1, Abs. 3 Sozialgerichtsgesetz (SGG) statthafte, unter Beachtung der maÃgeblichen Form- und Fristvorschriften (Â§ 151 Abs. 1 und Abs. 3 SGG) eingelegte Berufung ist zulÃ¤ssig.

Soweit die KlÃ¤gerin Ziff. 2 mit Schreiben vom 27. Februar 2024 â direkt gerichtet an den Vorsitzenden â noch um Terminsverlegung bat, da sie erst vergangenen Donnerstag von dem von Seiten des Vorsitzenden angeregten Vergleich Kenntnis erlangt und keine ausreichende Zeit gehabt hÃ¤tte, dies mit ihrem Ehemann, dem KlÃ¤ger Ziff. 1, zu besprechen, war dem aus zweierlei GrÃ¼nden nicht nachzugehen. Zum einen hat der BevollmÃ¤chtigte der KlÃ¤ger im Termin zur mÃ¼ndlichen Verhandlung keinen Verlegungsantrag gestellt. Zum zweiten handelte es sich bei diesem Vergleichsvorschlag um genau den bereits im SG-Verfahren im Termin zur ErÃ¶rterung des Sachverhalts am 22. Februar 2022 geschlossenen und von den KlÃ¤gern widerrufenen Vergleich. Daher vermag der Senat nicht zu erkennen, weshalb es der KlÃ¤gerin nicht mÃ¶glich gewesen sein soll, mit ihrem Ehemann unter anderem auch wÃ¤hrend des Kurzurlaubs am vergangenen Wochenende die Frage zu besprechen, ob gegebenenfalls dieser (bereits bekannte!) Vergleichsvorschlag doch noch in Betracht kÃ¤me.

II.

Die Berufung ist unbegrÃ¼ndet. Die Bescheide des Beklagten vom 20. Dezember 2010 sowie vom 28. Juni 2011 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 25. Mai 2018 sind rechtmÃ¤Ãig und verletzen die KlÃ¤ger nicht in ihren Rechten.

MaÃgebliche Rechtsgrundlage fÃ¼r die hier (noch) streitige Zeit Februar 2011 bis Juli 2012 ist zunÃ¤chst Â§ 19 Abs. 3 SGB XII (in der vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2019 geltenden Fassung â a. F.-). Danach werden Hilfen zur Gesundheit, Eingliederungshilfe fÃ¼r behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege, Hilfe zur Ãberwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen nach dem FÃ¼nften bis Neunten Kapitel dieses Buches geleistet, soweit den Leistungsberechtigten, ihren nicht getrennt lebenden Ehegatten oder

Lebenspartnern und, wenn sie minderjÃ¤hrig und unverheiratet sind, auch ihren Eltern oder einem Elternteil die Aufbringung der Mittel aus dem Einkommen und VermÃ¶gen nach den Vorschriften des Elften Kapitels dieses Buches nicht zuzumuten ist.

Nach Â§ 92 Abs. 1 Satz 1 SGB XII (in der vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2017 geltenden Fassung â a.F.-) sind, sofern die Behinderung Leistungen fÃ¼r eine stationÃ¤re Einrichtung, fÃ¼r eine Tageseinrichtung fÃ¼r behinderte Menschen oder fÃ¼r Ã¤rztliche oder Ã¤rztlich verordnete MaÃnahmen erfordert, die Leistungen hierfÃ¼r auch dann in vollem Umfang zu erbringen, wenn den in Â§Â 19Â Abs. 3 genannten Personen die Aufbringung der Mittel zu einem Teil zuzumuten ist. In HÃ¶he dieses Teils haben sie zu den Kosten der erbrachten Leistungen beizutragen; mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner (Satz 2). GemÃ¤Ã Â§ 92 Abs. 2 Satz 1 SGB XII a.F. ist den in Â§ 19 Abs. 3 genannten Personen die Aufbringung der Mittel nur fÃ¼r die Kosten des Lebensunterhalts zuzumuten
bei heilpÃ¤dagogischen MaÃnahmen fÃ¼r Kinder, die noch nicht eingeschult sind,
bei der Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung einschlieÃlich der Vorbereitung hierzu,
bei der Hilfe, die dem behinderten noch nicht eingeschulten Menschen die fÃ¼r ihn erreichbare Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft ermÃ¶glichen soll,
bei der Hilfe zur schulischen Ausbildung fÃ¼r einen angemessenen Beruf oder zur Ausbildung fÃ¼r eine sonstige angemessene TÃ¤tigkeit, wenn die hierzu erforderlichen Leistungen in besonderen Einrichtungen fÃ¼r behinderte Menschen erbracht werden,
bei Leistungen zur medizinischen Rehabilitation (Â§ 26 des Neunten Buches),
bei Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (Â§ 33 des Neunten Buches),
bei Leistungen in anerkannten WerkstÃ¤tten fÃ¼r behinderte Menschen nach Â§ 41 des Neunten Buches und in vergleichbaren sonstigen BeschÃ¤ftigungsstÃ¤tten (Â§ 56),
bei Hilfen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und FÃ¤higkeiten, die erforderlich und geeignet sind, behinderten Menschen die fÃ¼r sie erreichbare Teilhabe am Arbeitsleben zu ermÃ¶glichen, soweit diese Hilfen in besonderen teilstationÃ¤ren Einrichtungen fÃ¼r behinderte Menschen erbracht werden.
Die in Satz 1 genannten Leistungen sind ohne BerÃ¼cksichtigung von vorhandenem VermÃ¶gen zu erbringen (Satz 2). Die Kosten des in einer Einrichtung erbrachten Lebensunterhalts sind in den FÃ¤llen der Nummern 1 bis 6 nur in HÃ¶he der fÃ¼r den hÃ¤uslichen Lebensunterhalt ersparten Aufwendungen anzusetzen; dies gilt nicht fÃ¼r den Zeitraum, in dem gleichzeitig mit den Leistungen nach Satz 1 in der Einrichtung durchgefÃ¼hrte andere Leistungen Ã¼berwiegen (Satz 3). Die Aufbringung der Mittel nach Satz 1 Nr. 7 und 8 ist aus dem Einkommen nicht zumutbar, wenn das Einkommen des behinderten Menschen insgesamt einen Betrag in HÃ¶he des Zweifachen der Regelbedarfsstufe 1 nach der Anlage zu Â§ 28 nicht Ã¼bersteigt (Satz 4). Die zustÃ¤ndigen LandesbehÃ¶rden kÃ¶nnen NÃ¤heres Ã¼ber die Bemessung der fÃ¼r den hÃ¤uslichen Lebensbedarf ersparten Aufwendungen und des Kostenbeitrags fÃ¼r das Mittagessen bestimmen (Satz 5). Zum Ersatz der Kosten nach den Â§Â§ 103 und 104 ist insbesondere verpflichtet, wer sich in den FÃ¤llen der Nummern 5 und 6 vorsÃ¤tzlich oder grob fahrlÃ¤ssig

nicht oder nicht ausreichend versichert hat (SatzÂ 6).
In Â§ 92 Abs. 3 Satz 1 SGB XII ist weiter geregelt: Hat ein anderer als ein nach bÃ¼rgerlichem Recht Unterhaltspflichtiger nach sonstigen Vorschriften Leistungen fÃ¼r denselben Zweck zu erbringen, dem die in Absatz 2 genannten Leistungen dienen, wird seine Verpflichtung durch Absatz 2 nicht berÃ¼hrt. Soweit er solche Leistungen erbringt, kann abweichend von Absatz 2 von den in Â§ 19 Abs. 3 genannten Personen die Aufbringung der Mittel verlangt werden (SatzÂ 2).

Zutreffend hat bereits das SG darauf verwiesen, dass im Hinblick darauf, dass das Land Baden-WÃ¼rttemberg von der in Â§ 19 Abs. 2 Satz 5 SGB XII genannten MÃ¶glichkeit NÃ¤heres Ã¼ber die Bemessung der fÃ¼r den hÃ¤uslichen Lebensbedarf ersparten Aufwendungen zu bestimmen, keinen Gebrauch gemacht hat, der Beklagte in rechtlich nicht zu beanstandender Weise sich auf die in den Sozialhilferichtlinien (SHR) getroffenen Regelungen hierzu gestÃ¼tzt hat.

Noch zum Bundessozialhilfegesetz (BSHG) hat der VGH Baden-WÃ¼rttemberg mit Urteil vom 12.Â Juni 1991 (-Â 6Â SÂ 1182/90Â â□□ in FEVS 43,200, juris Rn. 20/21) ausgefÃ¼hrt, dass, da die zustÃ¤ndige LandesbehÃ¶rde von der ErmÃ¤chtigung des Â§ 43 Abs. 2 Satz 3 BSHG keinen Gebrauch gemacht habe, NÃ¤heres Ã¼ber die Bemessung der hÃ¤uslichen Ersparnis also nicht bestimmt habe, der jeweilige SozialhilfetrÃ¤ger die HÃ¶he dieser hÃ¤uslichen Ersparnis selbst festlegen mÃ¼sse. Dabei mÃ¼sse er zwar darauf achten, dass nur auf tatsÃ¤chliche Ersparnisse abgestellt werde. Da sich die hÃ¤usliche Ersparnis aber der Natur der Sache nach nicht im Einzelnen feststellen lasse, mÃ¼sse und dÃ¼rfe sie entsprechend Â§ 287 Zivilprozessordnung (ZPO) geschÃ¤tzt werden. Ausgangspunkt mÃ¼ssten dabei das Einkommen der herangezogenen Person auf der einen Seite und der hÃ¤usliche Bedarf des Behinderten, wenn dieser bei der heranzuziehenden Person leben wÃ¼rde, auf der anderen Seite sein. Zwischen beiden Faktoren bestehe nÃ¤mlich eine enge Beziehung insoweit, als der Bedarf des Behinderten fÃ¼r seinen Lebensunterhalt auch von der HÃ¶he des Einkommens der heranzuziehenden Personen abhÃ¤nge. Denn der Aufwand fÃ¼r den Lebensunterhalt eines Familienmitglieds â□□ und dementsprechend die hÃ¤usliche Ersparnis â□□ sei hÃ¶her oder geringer, je nachdem, ob und in welchem Umfang das Einkommen Ã¼ber oder unter der Einkommensgrenze der Â§Â§ 79 ff. BSHG liege (BVerwG, Urteil vom 8. Februar 1977 â□□ V C 4.76 -, BVerwGE 52, 51-56 und juris mit weiteren Rechtsprechungsnachweisen). Ein geeigneter Ausgangspunkt fÃ¼r die Bemessung der hÃ¤uslichen Ersparnis sei der regelsatzmÃ¤Ã□ige Bedarf des behinderten Hilfesuchenden, auch wenn sich starre Regeln nicht aufstellen lieÃ□en. Der regelsatzmÃ¤Ã□ige Bedarf orientiere sich am notwendigen Lebensunterhalt (Â§Â§ 11 ff. BSHG), und es kÃ¶nne davon ausgegangen werden, dass die heranzuziehende Person dem Hilfesuchenden den notwendigen Lebensunterhalt, soweit er von diesen RegelsÃ¤tzen erfasst werde, auch tatsÃ¤chlich gewÃ¤hre. Die hÃ¤usliche Ersparnis losgelÃ¶st vom jeweiligen Regelsatz fÃ¼r den HilfeempfÃ¤nger zu bestimmen, sei folglich nur in atypischen FÃ¤llen erforderlich. Ein solcher liege hier nicht vor. Dass im vom VGH entschiedenen Fall der Sohn der (dortigen) KlÃ¤gerin schwerbehindert sei und fÃ¼r ihn daheim ein Zimmer sowie entsprechende Bekleidung vorgehalten werden mÃ¼sse, sei fÃ¼r die Ermittlung der hÃ¤uslichen Ersparnis bei gewÃ¤hrter Eingliederungshilfe fÃ¼r Behinderte

nichts Atypisches, sondern geradezu die Regel.
An diese von Rechtsprechung und Praxis herausgearbeiteten GrundsÃ¤tze habe sich der Beklagte gehalten, indem er â entsprechend den Empfehlungen des Landkreistages und StÃ¤dtetages Baden-WÃ¼rttemberg in Rn. 85.10 ff. der Sozialhilferichtlinien â den Kostenbeitrag abgestuft nach der HÃ¶he des die Einkommensgrenze der Â§Â§ 79 ff. BSHG unter- bzw. Ã¼berschreitenden Einkommens bemessen habe. Es sei auch nicht zu beanstanden, dass der Kostenbeitrag bei einer Ãberschreitung der Einkommensgrenze (bis zu 50 %) mit 90 % des fÃ¼r den Hilfesuchenden maÃgeblichen Regelsatzes angesetzt werde. Denn es kÃ¶nne angenommen werden, dass ein Bezieher eines solchen Einkommens seinem behinderten Kind mindestens so viel zum Lebensunterhalt zuwenden wÃ¼rde, wenn es â wie vor der Heimunterbringung â im elterlichen Haushalt leben wÃ¼rde. Bei der Bemessung des Kostenbeitrags werde auch zu Recht allein darauf abgestellt, ob die in Â§Â§Â 79,Â 81 BSHG festgelegte Einkommensgrenze durch das nach Â§Â§ 76 bis 78 BSHG zu ermittelnde Einkommen unter- bzw. Ã¼berschritten werde. Vom Bruttoeinkommen seien daher nur die in Â§ 76 Abs. 2 BSHG genannten Aufwendungen abzusetzen, nicht etwa auch besondere Belastungen, die nach Â§ 84 Abs. 1 BSHG berÃ¼cksichtigt werden mÃ¼ssten, wenn es um die Frage gehe, welcher Teil des zuvor als einsetzbar ermittelten Einkommens als angemessener âEigenanteilâ anzusehen sei. Denn fÃ¼r die HÃ¶he des Kostenbeitrags sei, wie bereits dargelegt, allein die absolute HÃ¶he des nach Â§Â§ 76 ff. BSHG einsetzbaren Einkommens maÃgeblich. Mit Â§Â§ 84, 85 BSHG zusammenhÃ¤ngende Fragen tauchten dagegen erst auf, wenn zu entscheiden sei, in welchem Umfang die in Â§ 28 BSHG genannten Personen den so ermittelten Kostenbeitrag auch tatsÃ¤chlich leisten mÃ¼ssten.

In den seinerzeit maÃgeblichen Sozialhilferichtlinien (SHR) ist zu Â§ 92 SGB XII a.F. unter anderem unter Rn. 92.04 ausgefÃ¼hrt, dass sofern einem behinderten Menschen die in Â§ 92 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 bis 8 genannten Leistungen gewÃ¤hrt werden, lediglich ein Kostenbeitrag in HÃ¶he des ersparten hÃ¤uslichen Lebensunterhalts (Rn. 92.06 und 92.10) zu fordern sei. Rechtsgrundlage sei ausschlieÃlich die Sonderregelung in Â§ 92 Abs. 2 SGB XII, die alle Personen begÃ¼nstige, die nach Â§ 19 Abs. 3 SGB XII zum Mitteleinsatz verpflichtet seien. Ansonsten wÃ¼rden die in Â§ 92 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 bis 8 genannten Leistungen ohne RÃ¼cksicht auf Einkommen und VermÃ¶gen gewÃ¤hrt. Â§ 92 Abs. 3 SGB XII bleibe unberÃ¼hrt (vergleiche Rn.Â 92.11).

Vorliegend handelt es sich um einen Fall nach Â§ 92 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB XII a.F., bezÃ¼glich dessen in Rn. 92.06 weiter geregelt ist, dass die Kosten in diesen FÃ¤llen (Nr. 1 bis Nr. 6) nur in HÃ¶he der fÃ¼r den hÃ¤uslichen Lebensunterhalt ersparten Aufwendungen anzusetzen seien. Dies gilt nach den Richtlinien auch fÃ¼r die Kosten des gesamten Lebensunterhalts in der Einrichtung, insbesondere in Schulen am Heim und Heimsonderschulen.

Bei vollstationÃ¤rer Unterbringung wird der Kostenbeitrag fÃ¼r hÃ¤usliche Ersparnis wie in Rn. 92.07 dargestellt berechnet:
Zur Sicherung des Lebensunterhaltes wird der Bedarf der in Â§ 19 Abs. 1 SGB XII genannten Personen zugrunde gelegt, der sich berechnet aus

dem Regelbedarf der Personen, deren Einkommen (einschlieÃlich Kindergeld) nicht zur Deckung ihres Bedarfs ausreicht. Der Leistungsberechtigte wird hierbei anteilmÃ¤Ãig fÃ¼r Zeiten zu Hause berÃ¼cksichtigt.
den jeweiligen Mehrbedarfszuschlägen und
den angemessenen Kosten der Unterkunft
Â

Ãbersteigt das anrechenbare Einkommen nach Â§ 82 SGB XII (Rn. 82.01 bis 82.52) den Bedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts	werden als hÃ¤usliche Ersparnis zugrunde gelegt der fÃ¼r einen gleichaltrigen HaushaltsangehÃ¶rigen maÃgebenden Regelbedarfsstufe
bis zum 1,5 fachen Regelbedarfsstufe 1	0 %
bis zum 2,0 fachen Regelbedarfsstufe 1	80 %
bis zum 2,5 fachen Regelbedarfsstufe 1	90 %
bis zum 3,0 fachen Regelbedarfsstufe 1	100 %
bis zum 3,5 fachen Regelbedarfsstufe 1	110 %
bis zum 4,0 fachen Regelbedarfsstufe 1	120 %
bis zum 4,5 fachen Regelbedarfsstufe 1	130 %
bis zum 5,0 fachen Regelbedarfsstufe 1	140 %
um mehr als die 5,0 fache Regelbedarfsstufe 1	150 %

In Rn. 92.07 ist ferner bestimmt, dass ein Kostenbeitrag fÃ¼r hÃ¤usliche Ersparnis nur insoweit gefordert werden kann, als das anrechenbare Einkommen den Bedarf zum Lebensunterhalt der Personen nach Â§ 19 Abs. 3 SGB XII Ã¼berschreitet. Der Kostenbeitrag wird aufgrund der Tage, an denen sich der Leistungsberechtigte in der stationÃ¤ren Einrichtung befindet (Heimtage), jÃ¤hrlich berechnet und durchschnittlich mit ein ZwÃ¶lftel je Monat festgesetzt.

Die Berechnung des Beklagten, auf deren Grundlage der Kostenbeitrag der KlÃ¤ger entsprechend dem Berechnungsblatt festgesetzt wurde, ist unter BerÃ¼cksichtigung der in SHR Rn.Â 92.07/1 beschriebenen Berechnungsmethode nicht zu beanstanden. Der Beklagte hat vielmehr auf dieser Grundlage im Ergebnis zutreffend die HÃ¶he des Kostenbeitrages der KlÃ¤ger festgesetzt.

Soweit die KlÃ¤ger im SG-Verfahren unter anderem noch geltend gemacht haben, dass bei der Berechnung des Familieneinkommens nicht alle geltend gemachten Abzugsposten berÃ¼cksichtigt worden seien, greift dies nicht durch.
Der Beklagte berÃ¼cksichtigte zum einen zutreffend auf der Grundlage der von den KlÃ¤gern ursprÃ¼nglich (2010) vorgelegten Aufstellung (Bl. 14 VA bzw. Bl. 171 SG-Akte) nur einen Teil der geltend gemachten Abzugsposten, so unter anderem die Steuern, die SozialversicherungsbeitrÃ¤ge und BeitrÃ¤ge zur Krankenversicherung fÃ¼r alle Familienmitglieder, ihre Haftpflichtversicherung, die Unfallversicherungen, die Riesterrenten, die BerufsunfÃ¤higkeitsversicherung fÃ¼r den KlÃ¤ger Ziff.Â 1, die Werbungskosten in HÃ¶he der Pauschale nach den SHR sowie beim Bedarf die Kosten der Unterkunft in HÃ¶he von 750,00 â¬.
Nicht anerkannt wurden Werbungskosten, soweit sie Ã¼ber die Pauschale hinausgehen, die zweite Kfz-Haftpflichtversicherung (da nur die Kosten fÃ¼r ein Kfz

berÃ¼cksichtigt werden kÃ¶nnen, wenn es fÃ¼r Fahrten zum Arbeitsplatz benÃ¶tigt wird â hier betreffend den KlÃ¤ger Ziff. 1) -, die Risikolebensversicherungen, die BerufsunfÃ¤higkeitsversicherung fÃ¼r den Sohn B2 (ist noch SchÃ¼ler), die Rechtsschutzversicherung (sozialhilferechtlich nicht berÃ¼cksichtigungsfÃ¤hig) sowie die geltend gemachten auÃergewÃ¶hnlichen Belastungen (dies ist nur im Steuerrecht mÃ¶glich).

Zum anderen stellt sich bei der Berechnung auch bei Zugrundelegung der zuletzt im Oktober 2012 vorgelegten Einnahmen/Ausgaben-Aufstellung und bei BerÃ¼cksichtigung aller von KlÃ¤gerseite geltend gemachter Abzugsposten â wiewohl diese ohnehin nur teilweise anerkannt werden kÃ¶nnten und im Ãbrigen auch in keiner Weise wÃ¤hrend des gesamten Verfahrens durch Nachweise und Unterlagen belegt worden sind â letztlich kein fÃ¼r die KlÃ¤ger gÃ¼nstigeres Ergebnis dar:

Â

Â	Â	**Einnahmen**	**Ausgaben**
Einkommen brutto	Â	Â	Â
KlÃ¤ger Ziff. 1	81.775,00 â¬	Â	Â
KlÃ¤gerin Ziff. 2	4.503,00 â¬	Â	Â
Vermietung	4.800,00 â¬	Â	Â
Kindergeld	2.280,00 â¬	**93.358,00 â¬**	Â
Â	Â	Â	Â
Â	Â	Â	Â
Lohnsteuer/Soli/Kirchensteuer	Â	Â	Â
Lohnsteuer KlÃ¤ger Ziff. 1	15.448,33 â¬	Â	Â
Soli KlÃ¤ger Ziff. 1	499,94 â¬	Â	Â
Kirchensteuer KlÃ¤ger Ziff. 1	737,82 â¬	Â	Â
Lohnsteuer KlÃ¤ger Ziff. 1	180,00 â¬	Â	Â
Soli KlÃ¤ger Ziff. 1	9,90 â¬	Â	Â
Kirchensteuer KlÃ¤ger Ziff. 1	14,40 â¬	Â	Â
Lohnsteuer KlÃ¤gerin Ziff. 2	814,66 â¬	Â	Â
Soli KlÃ¤gerin Ziff. 2	44,80 â¬	Â	Â
Kirchensteuer KlÃ¤gerin Ziff. 2	67,58 â¬	Â	**17.815,00 â¬**
Â	Â	Â	Â
Sozialversicherungsbeitrã¤ge	Â	Â	Â
Krankenvers. KlÃ¤ger Ziff.1	3.686,52 â¬	Â	Â
Pflegevers. KlÃ¤ger	868,68 â¬	Â	Â

Ziff. 1			
Arbeitslosenvers. Â KlÃ¤gerÂ Ziff.1	1004,41 â¬	Â	Â
Krankenvers. KlÃ¤ger Ziff. 2	369,24 â¬	Â	Â
Pflegevers. KlÃ¤ger Ziff. 2	43,89 â¬	Â	Â
Arbeitslosenvers. KlÃ¤ger Ziff.Â 2	67,58 â¬	Â	**6.040,30 â¬**
Â	Â	Â	Â
Werbungskosten	Â	Â	Â
KlÃ¤ger Ziff. 1	2.574,00 â¬	Â	Â
KlÃ¤gerin Ziff. 2	1.190,00 â¬	Â	Â
Vermietung und Verpachtung	5.144,00 â¬	Â	**8.908,00 â¬**
Â	Â	Â	Â
Versicherungen	Â	Â	Â
Haftpflichtversicherung	65,45 â¬	Â	Â
KFZ-Haftpflicht	202,97 â¬	Â	Â
Kfz-Haftpflicht	138,94 â¬	Â	Â
Hausratvers.	121,74 â¬	Â	Â
Unfallvers. KlÃ¤ger Ziff.2	115,16 â¬	Â	Â
Unfallvers. B1	147,36 â¬	Â	Â
BerufsunfÃ¤higkeitsversicherung KlÃ¤ger Ziff. 1	1.356,00 â¬	Â	Â
Risiko und BU KlÃ¤ger Ziff. 1	329,88 â¬	Â	Â
Risiko-Lebensvers. KlÃ¤gerÂ Ziff. 1	196,80 â¬	Â	Â
Risiko-Lebensvers. KlÃ¤ger Ziff. 2	79,05 â¬	Â	Â
Rechtsschutzversicherung	266,11 â¬	Â	**3.019,46 â¬**
Â	Â	Â	Â
Riesterrente	1.392,00 â¬	Â	Â
Riesterrente	60,00 â¬	Â	**1.452,00 â¬**
Â	Â	Â	Â
Summe Einnahmen / Ausgaben	Â	**93.358,00 â¬**	**37.234,76 â¬**
Â	Â	Â	Â
verbleiben	Â	**56.123,24 â¬**	Â

Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â
Â Â Â Â Â Â Â
jÃ¤hrlich

monatlich	Â	**4.676,94 â¬**	Â
Â	Â	Â	Â
Kreditverpflichtungen	Â	Â	Â
Konsumentenkredit	66,37 â¬	Â	Â
1.Kredit D1	594,75 â¬	Â	Â
2. Kredit D1	320,00 â¬	Â	Â
Kredit D2	167,00 â¬	Â	Â
Â	Â		
Danach wÃ¤ren als Kreditkosten	1.148,12 â¬	Â	**398,12 â¬**
insgesamt angefallen:	398,12 â¬		
Hiervon sind allerdings 750 â¬, die von den KlÃ¤gern als Kosten der Unterkunft geltend gemacht werden, abzuziehen, da es sich um ein Eigenheim handelt, und insofern hier keine Mietkosten, sondern allenfalls die Kosten fÃ¼r die Kreditfinanzierung in den 750 â¬ enthalten sein kÃ¶nnen, sodass lediglich zu berÃ¼cksichtigen sind:			
Â			
Â	Â	Â	Â
Laufende Kosten jÃ¤hrlich	Monatlich	Â	Â
Â			
Heizung Gas, Holz Material, Bearbeitung	98,34 â¬	Â	Â
Â Â Â Â Â Â Â Â Â 1.180,06 â¬			
SchornsteinfegerÂ Â Â Â Â Â Â Â 47,87 â¬	3,99 â¬	Â	Â
WasserÂ 535,54 â¬	44,63 â¬	Â	Â

BiotonneÂ Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â 37,33 â¬	3,11 â¬	Â	Â
GebÃ¤udevers.Â Â Â Â Â Â Â Â Â 412,22 â¬	34,35 â¬	Â	Â
Rechtsschutz, Haus- u. Grund-besitz-Haftpflicht Â 271,62 â¬	22,64 â¬	Â	**207,05 â¬**
Â	Â	Â	Â
AbfallgebÃ¼hrenÂ Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â 72,40 â¬	6,03 â¬	Â	Â
GEZÂ 215,76 â¬	17,98 â¬	Â	Â
GrundsteuerÂ Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â 530,02 â¬	44,17 â¬	Â	Â
Kundendienstvertrag Heizung Â 210,00 â¬	17,50 â¬	Â	Â
TelefonkostenÂ Â Â Â Â Â Â Â Â 359,88 â¬	29,99 â¬	Â	**115,67 â¬**
Â	Â	Â	Â
verbleibenÂ Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â monatlich	Â	**3.956,10 â¬**	Â
Â	Â	Â	Â

Dem war der Gesamtbedarf (einschlieÃlich der anerkannten Kosten der Unterkunft in HÃ¶he von 750Â â¬) â wie im Ãbrigen dem Berechnungsblatt zu entnehmen â in HÃ¶he von (richtig) 2.105,50 â¬ (da ab 1. Januar 2011 der hier zugrunde zu legende Regelbedarf BedarfsstufeÂ 2 richtigerweise mit 328 â¬ statt 323 â¬ zugrunde zu legen war) gegenÃ¼berzustellen (Nachdem der Sohn C1, der bei der ersten Aufstellung im Jahr 2010 bei Einnahmen und Ausgaben noch mit aufgefÃ¼hrt worden war, hier nicht mehr aufgefÃ¼hrt wird, wÃ¤re davon auszugehen, dass er 2011/2012 gar nicht mehr im elterlichen Haus wohnte mit der weiteren

Konsequenz, dass dann der Gesamtbedarf um 287 â¬ auf nur noch 1.818,50 â¬ zu reduzieren wÃ¤re).
Hieraus ergÃ¤be sich ein (Differenz-)Betrag in HÃ¶he von 1.850,60Â â¬ (bzw. ohne den Sohn C1 wÃ¤ren dies sogar 2.137,60 â¬). Der Grenzbetrag des 5-fachen des Eckregelsatzes in HÃ¶he von 1.820,00 â¬ (364 â¬ x 5) ist damit nach wie vor Ã¼berschritten, sodass wie vom Beklagten berechnet der HÃ¶chstsatz (150 % des Regelsatzes des B1) beim Kostenbeitrag unter Beachtung der SHR zugrunde zu legen war. Davon ausgehend hat der Beklagte den Kostenbeitrag zutreffend berechnet.

Soweit die KlÃ¤ger sich auf die Ausnahmeregelung in Rn. 92.07 der SHR zu Â§ 92 SGB XII berufen, wonach aus besonderen pÃ¤dagogischen, persÃ¶nlichen oder wirtschaftlichen GrÃ¼nden eine ErmÃ¤Ãigung des Betrages geboten sein kann, greift dies nicht durch. Wirtschaftliche GrÃ¼nde scheiden schon im Hinblick darauf aus, dass der hier fÃ¼r den HÃ¶chstsatz beim Kostenbeitrag maÃgebliche Grenzbetrag in HÃ¶he von 1.820 â¬ â selbst bei BerÃ¼cksichtigung aller geltend gemachten Abzugsposten, ohne PrÃ¼fung, inwieweit diese Ã¼berhaupt sozialhilferechtlich berÃ¼cksichtigungsfÃ¤hig sindÂ â noch Ã¼berschritten wurde. Von den KlÃ¤gern wurden letztlich auch keine pÃ¤dagogischen GrÃ¼nde angefÃ¼hrt, sondern die KlÃ¤ger waren wie vielmehr auch dem Schreiben vom 9. April 2022 im Klageverfahren zu entnehmen ist, mit der Organisation und Abwicklung der Internatsunterbringung unzufrieden. Damit handelt es sich aber letztlich allenfalls um persÃ¶nliche GrÃ¼nde im Sinne der SHR Rn. 92.07.
Diese rechtfertigen es aber aus Sicht des Senates fÃ¼r den Beklagten nicht zwingend, im Rahmen des eingerÃ¤umten Ermessens eine Reduzierung des Kostenbeitrages vorzunehmen.
Dies umso weniger vor dem Hintergrund, dass der Beklagte im Rahmen der Widerspruchsentscheidung ausdrÃ¼cklich im Hinblick auf die besondere Situation im Rahmen seines Ermessens den Kostenbeitrag neu berechnet und abweichend von der in Rn. 92.07 SHR (in der FuÃnote) zugrunde gelegten Regel, wonach 180Â Heimtage/6 Monate jÃ¤hrlich zugrunde zu legen sind, wenn jedes Wochenende und die Ferien zu Hause verbracht werden, nur die tatsÃ¤chlichen Anwesenheitstage, hier 177 Tage pro Jahr, zugrunde gelegt hat.

Aus diesen GrÃ¼nden ist die Berufung der KlÃ¤ger zurÃ¼ckzuweisen.

III.

Die Kostentscheidung folgt aus Â§ 197a SGG in Verbindung von Â§ 154 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).

Der Streitwert wird auf 3.466,65 â¬ (5 Monate zu 174,79 â¬ und 13 Monate zu 197,90 â¬) festgesetzt.

GrÃ¼nde fÃ¼r die Zulassung der Revision (Â§ 160 Abs. 2 Nrn. 1 und 2 SGG) liegen nicht vor.

Â

Erstellt am: 12.04.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024